

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Fraktionsprechers
für Inneres und Sport**

Ulrich Watermann, MdL

zu TOP Nr. 28b

Aktuelle Stunde

**CSU-Machtpolitik gefährdet Europa - Trägt
Althusmann die Regierungskrise von Berlin nach
Hannover?**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1120

während der Plenarsitzung vom 21.06.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gelegentlich hilft es ja, sich die Lage anzugucken. Wir hatten eine Welle von Schutzsuchenden, die zu uns gekommen sind und hier Schutz gefunden haben. Bürgerinnen und Bürger haben sich sehr stark engagiert, um diese Situation zu bewältigen. Dafür muss man erst einmal dankbar sein. In Niedersachsen hat es gut funktioniert und ist von allen Kräften getragen worden, die in der letzten Wahlperiode im Niedersächsischen Landtag vertreten waren. Ich finde, dass dies ein Erfolg ist, den man auch in den Mittelpunkt der Debatte stellen sollte.

Dann muss geguckt werden, wo es Probleme gibt und wie an diese Probleme herangegangen werden muss. An dieser Stelle wird es ein bisschen komplizierter, weil wir unterschiedliche Entscheidungsstrukturen und unterschiedliche Verantwortlichkeiten haben. Das hängt auch mit der Frage zusammen, wer welchen Weg finanziert. Darüber hinaus haben wir in Europa unterschiedliche Verhältnisse, die etwas unübersichtlich sind. Ich darf nur daran erinnern, dass wir es in der letzten Wahlperiode im Landtag trotz großer unterschiedlicher Auffassungen geschafft haben, eine gemeinsame Linie zu beschließen, was die Dublin-Verfahren angeht. Ich finde, dass wir darauf wunderbar aufbauen können; denn wir haben deutlich gemacht, dass wir in Europa eine andere Lösung brauchen.

Ich denke, dass es gar nicht weiter schlimm ist, dass wir hier unterschiedliche Auffassungen vertreten und unterschiedlich an die Probleme herangehen. Wir müssen vielmehr gucken, wo gemeinsame Konzepte erarbeitet werden können. Das ist das, was wir einfordern. Wir sagen: Der Bundesinnenminister hat ein Konzept vorzuschlagen. - Dann gucken wir uns das an und prüfen, was wir selbst im Land vorfinden. Dann ist zu schauen, wie all das praktisch und vernünftig umgesetzt werden kann.

Das Ziel muss darin bestehen, denjenigen Menschen, die hier keine Perspektive haben, die Möglichkeit zu geben, möglichst mit Unterstützung wieder zurück in ihre Heimatländer zu gehen, ihnen zu diesem Zweck einen rechtsstaatlichen Weg aufzuzeigen und schnell eine Entscheidung herbeizuführen, die rechtsstaatlich

abgesichert sein muss; denn die Situation, nicht zu wissen, was mit einem ist, führt zu Unfrieden. Das ist etwas, worauf wir Antworten finden müssen und worauf wir auch Antworten finden werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

hier kriselt gar nichts, sondern es gibt unterschiedliche Betrachtungsweisen darüber, wie das hier bereits funktioniert und was noch verändert werden müsste. Diese Frage werden wir ganz in Ruhe beantworten. Dabei werden wir auch gucken, welche Lösungsvorschläge in Europa und auch in der Bundesrepublik unterbreitet werden, meine Damen und Herren.

Deshalb sage ich Ihnen ganz deutlich: Gelegentlich hat man hier in diesem Haus das Gefühl, dass die Problemlagen so heiß sind wie nichts anderes. Wenn man dann wieder nach Hause fährt, merkt man aber, dass die Hitze nur hier in diesem Plenarsaal so groß war.

Frau Guth, Sie sollten noch einmal scharf über das nachdenken, was Sie hier gerade gesagt haben. Sie haben von „Linksextremen“ gesprochen. Ihr Hintermann ist beim Begriff „rechtsextrem“ gleich durch die Decke gegangen. Das, was Sie hier veranstalten, und die Art und Weise, in der Sie hier debattieren, haben die Kollegen schon vorhin in der Aktuellen Stunde deutlich gemacht.

Ich sage Ihnen einmal ganz deutlich: Sie wollen nur auf der Angstwelle mitreiten. Sie sind an einer guten Lösung null interessiert. Sie profitieren nur davon, dass Sie Angst schüren und Lösungen nicht anbieten. Ich sage Ihnen: Wir werden Lösungen haben. Wir werden auch dafür sorgen, dass sich die Menschen, die zu uns gekommen sind, bei uns wohlfühlen, auch trotz der AfD. Ich finde, schon das ist ein Erfolg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir werden pragmatische Antworten finden. Wir werden ab und an aber auch in der Sache streiten. Zur Politik gehört ja, Herr Dr. Birkner, dass man sich profiliert

und sein Profil ab und zu schärft. Das tun Sie als Fraktionsvorsitzender, das tun auch andere. Das gehört zum Geschäft. Ich finde aber, dass dies nicht zu sehr in den Mittelpunkt geraten darf. Dafür werden wir mit einer sachlichen Politik sorgen.

Vielen Dank.